

(Abgeordneter Menke [Dresden].)

(A) Wenn aber auf der anderen Seite Frau Salinger hier ausgeführt hat, daß die Ärzte damit zufrieden seien, so bestreite ich das ganz entschieden. Eine ganze Reihe von Ärzten hat mir schon persönlich erklärt, daß sie längst Gegner dieser Institution sind. So sagte mir ein Doktor erst vor einigen Tagen: „Sagen Sie einmal, was sollen wir dagegen machen? In dem Augenblick, wo wir öffentlich dagegen opponieren, wo es irgendein Arzt wagt, in den Bezirksvereinen dagegen Sturm zu laufen, da kommen die Herren, die ein Interesse an der Zwangsorganisation haben, her und knüppeln einen nieder, schädigen einen, wo sie nur irgendwie können, schädigen einen gesellschaftlich, schädigen einen materiell usw.“ Sie befürchten also die Maßregelung, die nirgends so schwer geübt wird, als gerade unter den Ärzten. Es herrscht also in den Zwangsorganisationen eine Diktatur, die zu beseitigen wir alle Ursache haben.

Wir sind aber natürlich auch dafür, daß den Ärzten in jeder Weise geholfen wird. Das kann aber nicht auf die Weise geschehen, wie es das Gesetz bezweckt, das letzten Endes wohl auch ein ganz anderes Ziel verfolgt. Wir müssen gerade mit Rücksicht auf den Arztstand einmal, mit Rücksicht auf die Allgemeinheit, auf das Volk zum anderen an diesem allerwichtigsten Punkte, der uns so ungeheuer naheliegt und der, um einmal den Ausdruck zu gebrauchen, auch reif dazu ist, endlich einmal anfangen zu sozialisieren.

Die Forderung des sozialistischen Programms auf Unentgeltlichkeit der Heilpflege und die Übernahme der Kosten auf den Staat ist eine solche, die in den fünf Monaten der Revolution längst hätte durchgeführt werden müssen und die auch sehr wohl hätte durchgeführt werden können, meines Erachtens nicht nur allein — was im Interesse des Volkes das Wesentlichste ist —, im Interesse des Wohlergehens des Volkes, sondern auch gerade unter Berücksichtigung des Arztstandes.

Wie liegt denn die Sache heute für Tausende von Ärzten? Da gibt es einen kleinen Kreis sogenannter Kapazitäten unter den Ärzten, die vom Publikum geradezu überlaufen werden. Da wurde nun jetzt der Vorschlag gemacht aus Fachkreisen, diese Kapazitäten sollten sich zum Selbstschutz, damit sie nicht so überlaufen würden, mit einer sogenannten goldenen Mauer umgeben, sie sollten für jeden Besuch 100 M. verlangen. Was würde die Folge davon sein? Die Folge würde die sein, daß alle diejenigen — wie das heute allgemein im kapitalistischen Staate ist —, die über einen großen Geldbeutel verfügen und die in der Wahl ihrer Eltern vorsichtig gewesen sind und nun krank werden, zu diesen Kapazitäten gehen und sich die bestmögliche Hilfe ver-

(1. Abonnement.)

schaffen können, während andere, die nicht über diese Mittel verfügen, dann unter gewissen Voraussetzungen zugrunde gehen müssen. Hier könnte also auch sehr wohl eine Änderung eintreten und müßte eintreten, wenn eben diese ganze Angelegenheit der Heilbehandlung usw. vom Staate übernommen wird.

Aber auch vom Standpunkte des Proletariats betrachtet, müssen wir um Übernahme der Kosten der Heilbehandlung auf den Staat drängen. Da sagt z. B. ein Arzt in einer Zuschrift: „Ich arbeite 10, 16 und 20 Stunden und bin dann noch nicht am Ende.“ Sowohl, das ist bei einer ganzen Anzahl von Ärzten der Fall; aber wir haben auch aus den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Fräßdorf gehört, daß diese Ärzte 50000 und 60000 M. verdienen. Das ist ein Zustand, der geradezu unhaltbar ist, wenn auf der anderen Seite eine ganze Anzahl Ärzte vorhanden sind, die ein bedeutend geringeres, teilweise — will ich auch zugeben — ein absolut unzulängliches Einkommen haben,

(Sehr richtig!)

denen also gewissermaßen durch die, die 16 und 20 Stunden arbeiten und dafür eine ganz enorme Einnahme beziehen, das Brot geraubt wird. Wir fordern also gerade als das Gebot der Stunde die Verstaatlichung, die einheitliche Verwaltung des gesamten Heilwesens, wir fordern es im Interesse der Ärzte, wir fordern es im Interesse des Volkes, da die Gesundheit des Volkes das kostbarste Volksvermögen ist. Aber gegen die Aufrechterhaltung des bisherigen Systems wenden wir uns ganz entschieden und fordern, daß so rasch wie möglich diese gesamte Zwangsorganisation, die Ehrengerichtbarkeit und Ehrengerichtsordnung für die Ärzte verschwindet.

Ich bedauere nur, daß Herr Abgeordneter Fräßdorf seinen Antrag zurückgezogen hat, wodurch die Sache nur wieder verschleppt werden wird. Andererseits hätten wir auch noch gewünscht, daß der Antrag im allgemeinen viel präziser gehalten wäre, um endlich einmal einen Anfang zu machen mit der Beseitigung aller Zwangsorganisationen, deren noch mehrere bestehen und die in unsere heutige Zeit ganz sicher nicht mehr hineinpassen.

(Bravo! links.)

**Vizepräsident Dr. Dietel:** Das Wort hat Herr Abgeordneter Blüher.

**Abgeordneter Blüher:** Meine verehrten Damen und Herren! Der Herr Vorredner hat seine Ausführungen damit begonnen, daß er nur sehr kurz sprechen wollte,